

<https://www.neopresse.com/politik/so-teuer-wird-es-wenn-die-gruenen-in-der-bundesregierung-sitzen/?source=ENL>

# So teuer wird es, wenn die Grünen in der Bundesregierung sitzen

[Redaktion NEOPresse](#) 22. Juli 2019

[Redaktion NEOPresse](#) in [Politik](#) | [22. Juli 2019](#)

[Stoppt den Journalisten-Mord! Wieso die Medienlandschaft zum Mordschauplatz wird!](#)

[Freier Journalismus? Fehlanzeige! Eigene Meinungen? Fehlanzeige! Die Welt wird medienfeindlicher und die Feinde schrecken selbst vor Mord nicht zurück. Nur Capitol Post wagt es, den Kampf gegen die Medien-Mörder anzunehmen ...](#)

[... hier geht es zum schockierenden Enthüllungsbericht! Jetzt klicken!](#)

Die Grünen gewinnen in Umfragen immer mehr an Zustimmung. Dass die Grünen an der nächsten Bundesregierung beteiligt sein werden, ist daher sehr wahrscheinlich. Sie halten sich seit Wochen über 20 Prozent. Auch bei der EU-Wahl haben die Grünen, zumindest in Deutschland, weiter kräftig zugelegt. Sie waren bei der EU-Wahl zweitstärkste Kraft. Entsprechende Äußerungen gab es bereits von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer und der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Kathrin Göring-Eckardt. Bei einer Regierungsbeteiligung wäre es also sehr wahrscheinlich, dass den Grünen eine tragende Rolle zukommt.

Was tatsächlich auf die Bundesbürger an neuen finanziellen Belastungen durch die Grünen-Forderungen Garantie-Rente, Klimafonds und CO2-Steuer zukommen könnte, hat „Focus-Online“ analysiert. Denn Vorschläge gibt es viele von den Grünen. Doch wie teuer sind diese und wie wollen die Grünen diese Pläne finanzieren?

Die Grünen wollen eine Kindergrundsicherung einführen. Die Mehrausgaben pro Jahr würden sich laut „Focus“ auf 10 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Konkrete Finanzierungsvorschläge für das Vorhaben machten die Grünen noch nicht. Unter den Grünen soll es zudem eine Garantierente geben. Sie soll oberhalb der Grundsicherung liegen – ohne Bedürftigkeitsprüfung. Wie hoch diese sein soll, konkretisierten die Grünen bislang nicht. Sie bezifferten die Gesamtkosten der

Garantierrente auf weniger als eine Milliarden Euro pro Jahr. Diese würden dann bis 2030 langsam auf rund fünf Milliarden Euro pro Jahr steigen.

Hartz-IV wollen die Grünen durch ein anderes Grundsicherungssystem ersetzen. Habeck sagte, er wolle die Regelsätze erhöhen. Die Kosten dafür würden laut Ifo-Institut zwischen 7,5 und 52,4 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Habeck selbst geht von 30 Milliarden Euro pro Jahr aus. Die Finanzierung der Grundsicherung müsse aus „einer gerechteren Verteilung der Wohlstandsgewinne dieses Landes“ erfolgen, so Habeck. Was Habeck darunter versteht, konkretisierte er allerdings nicht.

Die Grünen wollen auch den Bau von bezahlbaren Wohnungen in Ballungsgebieten fördern. Innerhalb von zehn Jahren sollen pro Jahr 100.000 neue Wohnungen entstehen. Der Staat solle dabei aber nicht selbst Bauherr sein, sondern Investitionszulagen an private Investoren ausgeben. Über die Finanzierung zu diesem Projekt sagten die Grünen nichts.

Über einen milliardenschweren Staatsfonds sollen alle Klimaschutzmaßnahmen gebündelt finanziert werden: „Das geht von neuen Stromleitungen über höhere Dämme gegen die Sturmfluten bis hin zur Aufforstung der Wälder,“ sagte Göring-Eckardt. Sie sprach von einem „drei-stelligen Milliardenbetrag“. Nicht nur die Grünen wollen Milliarden für den Klimaschutz ausgeben. Auch die Union ist davon überzeugt, dass bis 2030 „mehrere Hundert Milliarden Euro für den Klimaschutz“ ausgegeben werden müssen.

Die Vorschläge der Grünen hören sich auf den ersten Blick gut an. Was jedoch tatsächlich dahintersteckt, wie ausgereift die Pläne sind, ob sie den Betroffenen tatsächlich helfen und wie diese finanziert werden sollen, bleibt wie so häufig offen. Fest steht, dass eine CO2-Steuer kommen soll, um das „Klima zu retten“. Wir meinen: Mit den Ankündigungen, die nach sozialdemokratischer Politik klingen, wollen die Grünen sozialdemokratische Wähler für sich gewinnen. In einer Regierungsbeteiligung jedoch haben die Grünen noch nie irgendwelche Regierungsqualitäten beweisen können, geschweige denn etwas Positives für die Bürger erwirkt – im Gegenteil. [Wir bleiben an dieser politischen Trendwende „dran“ – klicken Sie hier.](#)

[Stoppt den Journalisten-Mord! Wieso die Medienlandschaft zum Mordschauplatz wird!](#)

Freier Journalismus? Fehlanzeige! Eigene Meinungen? Fehlanzeige! Die Welt wird medienfeindlicher und die Feinde schrecken selbst vor Mord nicht zurück. Nur Capitol Post wagt es, den Kampf gegen die Medien-Mörder anzunehmen ...

**... hier geht es zum schockierenden Enthüllungsbericht! Jetzt klicken!**